

IHR WOCHENENDE

ZUHAUSE IN DER PFALZ

Wem gehört das Hambacher Schloss?

Ist die Frage eigentlich erlaubt? Oder muss in einer freiheitlichen Demokratie ein solcher Ort der deutschen Erinnerungskultur eben für jeden zugänglich sein, der dort eine Versammlung abhalten will – egal, wie krude dessen Gedanken sind? Darüber, wer die „wahren Erben“ des Hambacher Fests sind, wird schon lange gestritten.

VON ANKE HERBERT

Ende Mai 2032 ist es soweit. Dann jährt sich das Hambacher Fest zum 200. Mal. Zehntausende Menschen waren 1832 von Neustadt aus hinauf zur damaligen Schlossruine gezogen. Die meisten sprachen Deutsch, doch auch französische und polnische Freiheitskämpfer zählten dazu. Es ging gegen die repressive Obrigkeit. Gefordert wurden Freiheits- und Bürgerrechte, Gleichberechtigung, Pressefreiheit, ebenso ein geeintes Deutschland. Es ging aber auch um Kritik an der wirtschaftlichen Situation: Nach Missernten und harten Wintern war das Leben sehr schwierig geworden.

Alle Versuche der Obrigkeit – vorneweg die bayerische Regierung – das Hambacher Fest vorab im Keim zu ersticken, scheiterten. Nach den fünf Tagen vom 27. Mai bis 1. Juni 1832 allerdings wurden viele Festteilnehmer verfolgt, etliche inhaftiert. Die Demonstrationscharaktere dabei so bunt gemischt gewesen wie ihre Forderungen – Anwälte, Journalisten, Buchhändler, Handwerker, Händler und Studenten gehörten dazu – und auch Frauen. 1932 bezeichnete der spätere Bundespräsident Theodor Heuß das Fest als „die erste politische Volkerversammlung der neueren deutschen Geschichte“. In dieser wird es auch als Vormärz bezeichnet – mit Blick auf die Revolution von 1848/49.

„Begrifflicher Steinbruch“

Kristian Buchna, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Hambacher Schloss, sieht in der „Vielstimmigkeit der Hambacher Forderungen“ von 1832 den Grund für ein typisches Nachspiel: Alle, die sich als Nachahmer der Festteilnehmer fühlten und fühlen, konnten und können sich das herauspicken, was ihnen Zielen am besten nutzt. Der Historiker beschreibt das Hambacher Fest „als begrifflichen Steinbruch für politische Positionen von ganz links bis ganz rechts“. Insofern sei es auch keine Überraschung, dass immer wieder über die Frage gestritten werde: Wem gehört Hambach? Und wem darf Hambach nicht gehören? Alles dreht sich also um Aneignung, um die Vereinnahmung eines Erinnerungsorts der deutschen Demokratie und die Debatte darüber, bis zu welchem Punkt das ausgehalten werden muss.

Neu ist dieser Disput nicht. Im Mai 1970 knallte es aber zum ersten Mal richtig. Damals verlieh die noch junge national-konservative Deutschland-Stiftung ihren Konrad-Adenauer-Preis an drei Preisträger, und das auf dem Hambacher Schloss. In Bonn regierte derweil die erste sozialliberale Koalition. „Die gezielte Wahl des Hambacher Schlosses als Ort für eine politisch derart profilierte Preisverleihung wurde auf der anderen Seite des politischen Spektrums wenig überraschend als anmaßende Provokation empfunden“, urteilt Buchna die Lage. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ habe vom „Missbrauch des Hambacher Schlosses“ geschrieben.

Das Schloss missbraucht?

Schon damals gab es Gegendemonstrationen, an denen unter anderem Jungsozialisten, Marxisten, laut Buchna aber auch Pfarrer und Gewerkschafter teilnahmen. Rund 500 Polizisten waren im Einsatz, nicht immer schafften sie es, die beiden Gruppen auseinander zu halten. Die Gäste der Preisverleihung wurden mit Rufen wie „Nazipack“ empfangen, Eier und Tomaten flogen. Die RHEINPFALZ titelte damals unter anderem: „Politischer Hexensabbat am Hambacher Schloß“ und ergänzte „Junge Linksradi-kale zeigten, was sie konnten“.

Nach dem sogenannten Radikalerlass von 1972 – es ging um die Verfassungstreue potenzieller Kandidaten für den öffentlichen Dienst – zeigte sich dieses Spannungsfeld einmal mehr. Und schon damals gab es ein „Zweites Hambacher Fest“, bei dem 1976 etwa 2000 überwiegend marxistisch geprägte Gegner dieses Erlasses am Schloss feierten. „Bewusst zogen sie historische Vergleiche zum Jahr



Mai 1982: Aus Protest gegen die offizielle Jubiläumsfeier 150 Jahre Hambacher Fest feiert die SPD auf dem Neustadter Markt. Der Hauptredner: Bundesvorsitzender Willy Brandt. FOTO: STADTARCHIV NEUSTADT/BERND FRANCK



Mai 1985: US-Präsident Ronald Reagan ist zu Gast auf dem Hambacher Schloss. FOTO: STADTARCHIV/AWK



Oktober 2016: Fraktionstagung der AfD im Schloss, unter anderem mit der damaligen Vorsitzenden Frauke Petry. ARCHIVFOTO: AHB



Oktober 2016: Während die AfD oben tagte, gab es unterhalb des Schlosses eine große Gegendemonstration. ARCHIVFOTO: MEHN



Mai 1982: Die offizielle 150-Jahr-Feier (von links): Bundespräsident a. D. Walter Scheel, der Vize-Präsident des EU-Parlaments, Pierre Pflimlin, und Ministerpräsident Bernhard Vogel. FOTO: STADTARCHIV NEUSTADT/BERND FRANCK

1832 und werteten ‚Berufsverbote‘ als ‚Verstoß gegen Freiheit und Demokratie‘“, so der Historiker Buchna.

2018 war es dann der politischen rechtsnationalen Ökonom Max Otte – zuletzt als AfD-Kandidat bei der Bundespräsidenten-Wahl in der Öffentlichkeit –, der ein „Neues Hambacher Fest“ begründen wollte, damit aber nach Anfangserfolgen am Ende scheiterte. Bereits Ende 2016 hatte die AfD für eine Fraktionstagung das Schloss mieten können, begleitet von einer friedlichen, aber lautstarken Gegendemonstration auf dem Schlosssparkplatz. Bezeichnend für die Situation: Auf beiden Seiten erklang „Die Gedanken sind frei“, die Hymne gegen politische Unterdrückung und für Freiheit und Unabhängigkeit, entstanden um das Jahr 1800.

Doch auch wenn in den Jahren dazwischen sogar ein Bundesparteitag der Republikaner unter Franz Schönhuber auf dem Hambacher Schloss tagte: Der Eindruck, dass dieser historische Ort „nur ein systemoppositioneller Spielball von politischen Extremisten war“, wäre falsch, wie Kristian Buchna feststellt und dafür zwei Beispiele mit großer Außenwirkung liefert, bei dem binnen weniger Jahre zwei CDU-Politiker aus Rheinland-Pfalz ebenso eine Schlüsselrolle spielten wie ein früherer US-Präsident.

Zoff zum 150-Jährigen

Den Auftakt machte das Vorspiel zur 150-Jahr-Feier Hambacher Fest im Mai 1982. Bernhard Vogel war Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Schon vier Jahre zuvor setzte die öffentliche Diskussion ein. Die RHEINPFALZ schrieb im Juni 1978: „Ein für die deutsche Demokratie bedeutsames Jubiläum wirft seine Schatten voraus: Wenn 1982 der Jahrestag des Hambacher Fests zum 150. Male wiederkehrt, soll das Hambacher Schloss zu einer würdigen Stätte der deutschen Demokratie ausgebaut sein.“

Was in jenen Tagen zusätzlich die Rolle spielte und woran die Pfälzer laut Klaus Hofmann, dem damaligen Bonner Korrespondenten der RHEINPFALZ, noch immer zu knabbern hatten: Geraume Zeit zuvor hatte sich Bundespräsident Gustav Heinemann dafür entschieden, das Rastatter Schloss zur Erinnerungstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte auszubauen, kurz „Freiheitsmuseum“ genannt.

Was ist schon Rastatt ...

Hambach schon deshalb wieder in Betracht zu ziehen, weil in Rastatt zu wenig Platz war, stieß laut Hofmann in Bonn zunächst auf wenig Widerhall. „Die Hoffnungen ruhen jetzt auf Ministerpräsident Bernhard Vogel, der schon im Hinblick auf den 150. Jahrestag über einer Konzeption sinnt, dem symbolischen Platz den geschichtlichen Rang zu sichern“, schrieb Hofmann im Mai 1977. Und fügte an: „Der Ministerpräsident sollte mit Ideen nicht verschont werden.“ Der Rest ist Geschichte, bis hin zum Hambacher Schloss als Ort der deutschen Demokratie und dem europäischen Kulturerbe-Siegel.

Aber zurück zum 150-Jährigen. Wie es der Historiker Buchna darlegt, liefen viele gegen die offizielle Veranstaltung der CDU-geführten Landesregierung Sturm, kritisierten sie als elitäre Veranstaltung im ausgewählten Kreis. Der politischen Linken habe „die staatstragende Aneignung des Hambacher Festes durch eine konservative Partei“ missfallen. Derweil hätten die SPD und die noch jungen Grünen ihren Anspruch darauf angemeldet, „die eigentlich legitimen Erben des Hambacher Festes zu sein“.

In der Folge veranstaltete die SPD ein Gegenfest während des Jubiläums, durfte aber nicht aufs Schlossgelände, sondern musste auf Anordnung der Landesregierung auf den Neustadter Markt ausweichen. Der Haupt-



Pfingsten 2023: Rund 2800 Menschen ziehen auf Einladung der „Weißen“ unter dem Motto „Deutschland steht auf“ zum Schloss, darunter Michael Ballweg, Gründer der „Querdenken“-Initiative. ARCHIVFOTO: AHB

redner: Willy Brandt. Dieser stellte der Mainzer Landesregierung natürlich kein gutes Demokratiezeugnis aus. Wie umkämpft das Erbe von Hambach im Jubiläumsjahr war, macht Buchna mit einem Zitat aus dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vom Mai 1982 klar: „Wenn auch mit einem leichten Augenzwinkern hieß es dort, dass das Schloss bald schon so umkämpft sein werde wie die Grabeskirche in Jerusalem unter den Konfessionen“.

Getoptet wurde all das mit dem Besuch von US-Präsident Ronald Reagan, den CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl im Mai 1985 erst auf den Soldatenfriedhof in Bitburg führte und dann hinauf zum Schloss, wo Reagan eine Rede an die deutsche Jugend hielt. Grünen-Mitbegründer Roland Vogt habe das als „Akt der Perversion des Geistes von Hambach“ beschrieben, hält Buchna fest. Und die Pfalz-SPD organisierte aus Protest ein „Fest für den Frieden“ in der Neustadter Innenstadt mit viel Politik-Prominenz.

„Diese Gegenkundgebung löste bei Bundes- und Landes-CDU einen Aufschrei der Empörung aus“, sagt der Schloss-Historiker. Ministerpräsident Vogel habe von einem „Anti-Hambacher-Festival“ der SPD gesprochen, CDU-Generalsekretär Heiner Geißler von einem „einzigen politischen und moralischen Skandal“.

Corona ändert alles

Seit Corona hat sich dieser Aneignungsstreit verändert, wie die Schloss-Stiftung, die Stadt Neustadt, aber auch ihr Ortsteil Hambach erfahren mussten. Für die Hambacher war die Belastung allerdings schon immer groß. Kurz vor dem 150. Jahrestag wurde eine Wirtin in der RHEINPFALZ mit den Worten zitiert: „Ich werde besser mein Lokal verbarrikadieren, damit nichts passiert.“

In Folge der Pandemie hat sich jedoch eine Bewegung in Neustadt gegründet, die sich als die „Weißen“ be-

zeichnet und deren Kopf in Neustadt wohnt. Während des ersten Neustadter Demokratiefests Ende Mai 2022, bei dem Bundespräsident a. D. Joachim Gauck der erste Hambacher Freiheitspreis verliehen worden war, machten sie als aus ihrer Sicht „wahre Erben des Hambacher Fests“ dagegen mobil. Eine Versammlung, die während des Demokratiefests stattfinden sollte, war von der Stadt nicht genehmigt worden, terminlich ausweichen wollten die Anmelder nicht. Sie kamen trotzdem, wenn auch nicht offiziell, und vor allem am Schloss wurde das Demokratiefest massiv gestört.

Da das Neustadter Demokratiefest nur alle zwei Jahre gefeiert wird, konnten die „Weißen“ 2023 zu ihrem Wunschtermin am Jahrestag Hambacher Fest hinauf zum Schloss marschieren. 2800 Menschen, die meisten von außerhalb, folgten dem Aufruf. Seit Sommer gibt es nun jeden zweiten Sonntag einen weiteren Aufzug zu unterschiedlichen Themen in unterschiedlicher Größe. Trommler, Musik und Lautsprecher sind immer dabei, sehr zum Leidwesen der Hambacher, die einfach nur noch genervt sind, wie es Neustadts Oberbürgermeister Marc Weigel beschreibt.

Für die Stadtverwaltung bedeutet das viel Arbeit, gleiches gilt für die Polizei. Jede Versammlung muss genehmigt werden, im Zweifel geht es vor Gericht. Dort wurden die Wünsche der Anmelder zuletzt etwas eingeschränkt – ob auch einmal, wie es sich der Neustadter OB wünschen würde, darüber entschieden wird, ob wirklich alle 14 Tage aufs Schloss gezogen werden darf, bleibt abzuwarten.

Meinungsfreiheit und Versammlungsrecht sind hohe demokratische Güter. Doch gehören zu den Demonstranten auch immer wieder radikale Minderheiten. Wie etwa Verschwörungsgläubige und Vertreter der Reichsbürger-Bewegung. Gehört auch ihnen das Hambacher Schloss, zumal der normale Besucherbetrieb ja wei-



Mai 2018: das „Neue Hambacher Fest“, zu dem Max Otte (Bild) aufgerufen hatte. ARCHIVFOTO: MEHN

terläuft und so manche Gäste durchaus irritiert reagieren, wenn sie die Versammlungen beobachten?

Durchaus widersprüchlich

Kritik sei legitim, sagt Kristian Buchna. Besorgniserregend werde es dann, „wenn die politische Entfremdung radikale Formen annimmt, indem die freiheitliche demokratische Grundordnung abgelehnt wird“. Das zeige sich in Verschwörungstheorien, aber auch durch bestimmte Symbole. So habe bei einer Versammlung am 5. November ein Reichsbürger die Flagge des Königreichs Bayern mitgeführt und sie auf dem Schloss übergeben – „also ausgerechnet die Flagge jener freiheitsfeindlichen Monarchie, gegen die 1832 aufbegehrt wurde“.

Als Wissenschafter versucht Buchna, diese vermeintlichen „wahren Erben des Hambacher Fests“ zu entlarven. Er spricht von systemoppositioneller Aneignung: Indem sie sich als Verfolgte und Opfer hinstellen, soll „der eigene Protest als historisch legitimierte Widerstandshandlung aufgewertet“ werden. Gleichzeitig soll durch die „verschwörungstheoretische Grundierung“ die bestehende politische Ordnung samt ihren Institutionen delegitimiert werden.

Aber wem gehört nun – außer der Schloss-Stiftung – das Hambacher Schloss? Die Debatte darüber muss geführt werden. Mit Überzeugungskraft und Toleranz. Das wusste bereits Philipp Jakob Siebenpfeiffer, Mitinitiator des Hambacher Fests von 1832. Er begann seine Rede mit diesen Worten: „Der Gedanke des heutigen Festes und der Aufruf zur Feier desselben haben so mancherlei und seltsame Auslegungen erfahren, dass es Pflicht scheint für denjenigen, von welchem die Idee und der Aufruf ausgegangen, sich über die Bedeutung zu erklären, die er damit verknüpft, wobei indeß Jedermann frei bleibt, sie nach seiner Weise zu deuten und auszubilden.“

Stadtdörfer: 552.000 Euro für Haardt eingepflanzt

In Haardt läuft seit 2020 das Landes-Modellprojekt Stadtdörfer, im nächsten Jahr soll es abgeschlossen werden. Dafür sind im städtischen Haushalt 2024 552.000 Euro vorgesehen, wie in der jüngsten Sitzung des Ortsbeirats informiert wurde. Zehn Prozent davon zahlt die Stadt, 90 Prozent das Land, so Ortsvorsteherin Silvia Kerbeck (CDU).

Darüber hinaus wurden im neuen Etat 85.000 Euro für die Sanierung der Probstgasse veranschlagt. Dieser Betrag reiche nicht aus, sagte Jan Klohr (CDU). Wie er verwies auf Roger Klohr (CDU) und Marc-Finn Klein (SPD) darauf, dass die Probstgasse während der Erneuerung der Haardter Straße als Umleitungsstrecke genutzt wurde, auch von schweren Baustellen-Lkw. Das habe der ohnehin schlechten Straße stark zugesetzt. Die Stadtverwaltung habe zugesagt, dass die Probstgasse vernünftig ausgebaut werde, erklärten Kerbeck und Friderike Graebert (Grüne).

Zwar ist noch offen, ob die Ortsverwaltung 2024 von der Schule in die Gemeinschaftsunterkunft umzieht: Trotzdem sind je 50.000 Euro für die Umnutzung ihrer bisherigen Räume sowie für die Sanierung ihrer künftigen Räume im Haushalt eingepflanzt. Weitere Posten sind 100.000 Euro für die Erneuerung des Spielplatzes bei der Schule, 80.000 Euro Planungskosten für die Kita-Erweiterung, 40.000 Euro für ein Mehrzweckfahrzeug der Feuerwehr sowie 10.000 Euro Zuschuss, um die Wolf'sche Anlage unterhalten zu können. **Jan**

Talstraße: Unfall legt Verkehr zeitweise lahm

Ein Unfall in der Talstraße auf Höhe des Stadthauses II hat am Donnerstagnachmittag den Verkehr in und um Neustadt zeitweise lahmgelegt. Laut Feuerwehr geriet ein Skoda-Fahrer kurz nach der Einmündung in die Saarlandstraße in den Gegenverkehr und kollidierte mit einem Kastenwagen, der stadteinwärts fuhr. Durch den Aufprall wurden zwei Personen leicht verletzt. Sie kamen ins Krankenhaus. Die Unfallwagen mussten abgeschleppt werden. Zuvor kappte die Feuerwehr die elektronische Bordversorgung und streute Flüssigkeiten ab, die aus den Autos liefen. Die Talstraße musste zwischen Rotkreuz- und Einmündung Quellenstraße für rund 90 Minuten voll gesperrt werden, was im Berufsverkehr für lange Rückstaus sorgte. Die Umleitungsstrecke in der Sauter- und Saarlandstraße war nach Angaben der Feuerwehr überlastet. Auch der ÖPNV in und aus dem Lambrechter Tal war von den Einschränkungen durch den Unfall betroffen. **Jnne**

Stiftskirche: Wieder Weihnachtsbasar der Nachhaltigkeit

Zum zweiten Mal nach 2022 bietet die Neustadter Stiftskirchengemeinde einen Weihnachtsbasar der Nachhaltigkeit an. In der Kirche werden täglich von 11 bis 13 Uhr auf mehreren Tischen viele Gegenstände für Advent und Weihnachten präsentiert, die zuvor gespendet wurden. Wer dort etwas findet, das er mitnehmen möchte, kann dafür den Betrag, den er für angemessen hält, in die Spendenbox zugunsten des Neustadter Frauenhaus werfen. Da dieses Angebot regen Zuspruch findet, ist Nachschub für den Weihnachtsbasar willkommen. Wer nicht vorbeikommen kann, um die Sachen abzugeben, kann dabei den Abholdienst nutzen: Sigrid Kern, Telefon 06321 6705165. **Jnki**

KURZ NOTIERT

Lebendiger Adventskalender Mußbach. Heute und Sonntag, Weihnachtsmarkt der Nächstenliebe.

Rotary-Club. Die Gewinnzahlen für Samstag, 9. Dezember: 342, 445, 3322, 3792, 1023, 277, 3869, 535, 3557, 3091, 3254, 3950. Gewinne im Internet unter www.neustadter-adventskalender.de.

IMPRESSUM

DIE RHEINPFALZ Neustadt

Werbevermarktung: Regionalliedung Peter Bouché
Redaktionsteam: Anke Herbert (abb, verantwortlich), Axel Nickel (ax, Stellvertreter), Stefanie Brunner (nne), Kathrin Keller (kkr), Holger Pöschel (hpb), Sabine Dean (sab), Gerd-Uwe Haas (guh)

„An der Grenze zum Spektakel“

INTERVIEW: Seit Sommer demonstrieren am Hambacher Schloss regelmäßig Menschen, die vor allem mit dem politischen System unzufrieden sind. Historiker Kristian Buchna von der Schloss-Stiftung erklärt im Gespräch mit Anke Herbert, was das Neue daran ist. OB Marc Weigel sagt, ob eine organisatorische Grenze erreicht ist.

Herr Buchna, ist der Streit ums Hambacher Schloss ein neues Phänomen?
Historisch gesehen ist das eher der Normalfall. Das hängt mit dem Hambacher Fest selbst zusammen, aber natürlich auch mit dem exponierten Ort. Bezogen auf die Bundesrepublik, wurde schon in den 1950er-Jahren gestritten, weil die DDR versucht hatte, das Fest für sich zu vereinnahmen. In den 1970er-Jahren begannen die großen Auseinandersetzungen direkt am Ort, als Personen der nationalen Rechten und auch der eher radikalen Linken dort aufeinandertrafen. Seitdem wurde und wird diskutiert, wem Hambach „gehört“ und wem Hambach umgekehrt nicht „gehört“ darf.

Wem darf das Hambacher Schloss samt Fest denn nicht gehören?
Das ist keine Frage, über die ein Historiker zu bestimmen hat. Vielmehr geht es dabei um einen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess, dem sich jede Generation aufs Neue stellen muss. Die rote Linie markiert allerdings unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Wenn also radikal antidemokratische Positionen von Personen vertreten werden, die sich selbst zu den einzig legitimen Erben des Hambacher Festes erklären, dann muss einem solchen Missbrauch von Geschichte mit Nachdruck widersprochen werden.

Herr Weigel, die Stadtverwaltung Neustadt muss alles dafür tun, das hohe Gut des Versammlungsrechts zu schützen. Wie schwer ist das, wenn Veranstalter von Demonstrationen radikale Positionen vertreten?
Verfassung, Meinungs- und Versammlungsfreiheit gehören zu den höchsten Rechtsgütern unseres Staates. Als Versammlungsbehörde fällt uns die Aufgabe zu, diese einerseits zu schützen und andererseits auch die nötigen Abwägungen mit anderen verfassungsrechtlich garantierten Gütern vorzunehmen, Sicherheit zum Schutz der Gesundheit beispielsweise. Und wir müssen die rechtsstaatlichen Grenzen der Versammlungsfreiheit ausloten.

Auch in jüngerer Zeit, wo seit Juli alle 14 Tage Versammlungen angemeldet werden, bei denen zum Teil sehr extreme Positionen vertreten werden?
Auch dann, wobei wir hier sicher an die Grenzen zum Spektakel kommen. Um aber auf die erste Frage einzugehen: Aus städtischer Sicht ist die Häufigkeit und die Art und Weise, wie bestimmte Gruppen in den letzten zwei, drei Jahren das Hambacher Schloss für sich nutzen wollen, ein neues, ich sage auch Post-Covid-Phänomen. Ich kann mich nicht an Auseinandersetzungen und Kundgebungen erinnern, wie wir sie seit 2021 erleben.

Bei einem von Ihnen, Herr Buchna, organisierten Colloquium war auch davon die Rede, das Neue der jüngsten Aufzüge sei die Systematik. Dass es sich also nicht um einen Protest aus konkretem Anlass handelt, sondern um regelmäßige Veranstaltungen. Für das erste Juniwochenende 2024 ist sogar eine zweitägige Versammlung angemeldet. Geht es aktuell vielleicht vor allem ums Warmlaufen, um das Austesten möglicher Grenzen?
In dieser Regelmäßigkeit ist es in der Tat ein neues Phänomen, mit dem die Stadt und die Stiftung umzugehen haben. Die Stiftung muss dabei vor allem anderen für einen geordneten und sicheren Besucherbetrieb sorgen.

Der mehrere Ebenen hat ...
Ja, es gibt die Tagestouristen, die nur mal aufs Gelände möchten. Es gibt den Schlossbetrieb für Ausstellungsbesucher und mit Gruppenführungen sowie mit Veranstaltungen der Stiftung. Hinzu kommt mit der Eventgastro Pfalz GmbH ein Pächter für Gastronomie und Veranstaltungen, der privatwirtschaftlich agiert. Auch die Grundrechte all dieser Akteure müssen geschützt werden. Insofern führt jede Versammlung zu wechselseitigen Beeinträchtigungen, und natürlich bekommen wir auch kritische und verärgerte Rückmeldungen von Gästen, die eine solche Versammlung mit solchen Inhalten auf diesem Gelände nicht erwarten. Dann sind wir regelmäßig in Erklärungsnot.

Herr Weigel, sind Sie regelmäßig in Genehmigungsnot?
2023 gab es im Umfeld des Schlosses eine große Demonstration und zwölf kleinere Versammlungen, zuletzt am 3. Dezember. Insgesamt waren es zehn verschiedene Akteure, die sich da jeweils als Anmelder betätigt haben. Das Phänomen entstand im Zusammenhang mit der Pandemie. Seit her laufen sogenannte Querdenker nahezu vierzehntägig. Für jede Versammlung müssen das Sicherheits-



Ende Mai 2022 beim ersten Neustadter Demokratiefest: Auf dem Parkplatz unterhalb des Schlosses drängen sich Menschen, die dem Aufruf der „Weißen“ um den Neustadter Unternehmer Wolfgang Kochanek gefolgt sind. Dabei wird auch die Fahne des Königreichs Preußen geschwenkt. ARCHIVFOTO: MEHN



Marc Weigel
ARCHIVFOTO: LM



Kristian Buchna
ARCHIVFOTO: STIFTUNG

konzept und die Durchführung genehmigt und davor muss natürlich alles geprüft werden. Außerdem wird während der Versammlungen viel Personal von Ordnungsamt und Polizei gebunden, weil wir alles begleiten und schützen müssen. Das ist eine neue Dimension von Verantwortung, die die Stadt pflichtgemäß wahrnimmt. Das Hambacher Schloss ist eben auch Verpflichtung.

Sie wollen sich also nicht darüber beklagen?

Nein, aber ich wünsche mir, dass sich alle stets auch den personellen und finanziellen Aufwand für die Stadt und damit auch für die Bürger bewusst machen. Leider sind die Anmelder und Teilnehmer überwiegend nicht aus der Region. Jede dieser Versammlungen, die für manche wohl mehr ein touristischer Ausflug zu sein scheinen, schafft Benachteiligte. Neben den Schloss-Mitarbeitern und den städtischen Kollegen gibt es ja noch mehr Leidtragende.

Gibt es zunehmend Beschwerden?

Ja, weil natürlich immer dieselben Westrecken und damit auch dieselben Anwohner betroffen sind. Oft ist es auch sehr laut mit Trommeln und Lautsprechern und Musik. Viele sind einfach nur noch genervt davon.

Herr Buchna, was sagen Sie als Historiker: Wird bei diesen zweiwöchigen Aufzügen im Namen der Demokratie gegen die Demokratie Front gemacht?
Diese Bewegung ist so diffus, dass man sie mit althergebrachten Begriffen und Zuschreibungen nicht beschreiben kann. Was sie aber eint, ist wohl ihre Entfremdung vom politischen System der Bundesrepublik. Das zeigt sich in einer ebenso scharfen wie pauschalen Kritik an Politik, Parteien und Medien. Außerdem werden Reformvorschlüsse vorgebracht, etwa im Sinn von mehr direkter Demokratie. Beides ist natürlich legitim.

Aber auch besorgniserregend?

Nicht grundsätzlich, aber immer dann, wenn diese Entfremdung radikale Formen annimmt, indem die freiheitliche demokratische Grundordnung abgelehnt wird. Das zeigt sich besonders drastisch an Positionen und Symbolen der Reichsbürgerbewegung, die auch bei den wiederkehrenden Versammlungen in Ham-

bach zu hören und zu sehen sind. **Was sind das für Positionen und Symbole?**

Da wird die Bundesrepublik als „Fremdverwaltung“ bezeichnet. Es wird behauptet, dass die Nazis links-extreme Linkssozialisten gewesen seien. Der Bundesregierung wird Völkermord vorgeworfen und psychoelektronische Kriegsführung mittels Fernsehfrequenzen. Kurzum werden Verschwörungstheorien verbreitet, und das politische Ziel dieser radikalen Minderheit ist die Wiederherstellung des Kaiserreichs in den Grenzen von 1871. Entsprechend werden auch die Farben schwarz-weiß-rot gezeigt und Flaggen jener monarchisch verfassten Bundesstaaten der damaligen Zeit mitgeführt – wie der Großherzogtümer Hessen und Baden, aber auch der Königreiche Preußen, Sachsen und Bayern. Diese Flaggen kommen auch bei den sogenannten Treffen der Bundesstaaten der Reichsbürger-Bewegung zum Einsatz.

Dominieren diese Minderheiten die Aufzüge?

Buchna: Es fällt auf, dass innerhalb der Teilnehmer keine Abgrenzung von diesen dezidiert antidemokratischen Symbolen und Positionen festzustellen ist. Vielmehr führen Personen, die das vertreten, im wahrsten Wortsinn diese Versammlungen an und werden teilweise allen Erstenes mit Protagonisten des Hambacher Fests von 1832 – wie etwa Philipp Jakob Siebenpfeiffer – verglichen. Bei einer Versammlung am 5. November hatte ein „Reichsbürger“ die Flagge des Königreichs Bayern dabei und übergab sie auf dem Schloss. Also ausgerechnet die Flagge jener freiheitsfeindlichen Monarchie, gegen die 1832 aufbegehrt wurde. Da wird es doch offensichtlich, dass nicht nur die Erinnerung an die Teilnehmer des Hambacher Fests und deren Mut verhöhnt werden, sondern dass hier ein demokratischer Protest für antidemokratische Ziele missbraucht wird.

Weigel: Was Kristian Buchna treffend beschreibt, betrifft die Drahtzieher. Sie freuen sich vermutlich am meisten darüber, teilweise aus der Mitte der Gesellschaft Zuspruch von eigentlich ganz normal denkenden Bürgern zu erfahren. Gerade bei den größeren Demos sind viele dabei, die mit der Regierung unzufrieden sind, weil sie etwas ganz anderes umtreibt, ein Heizungsgesetz zum Beispiel. Ich würde mir wünschen, dass sie sich bewusst machen, in welche teils gefährliche, mindestens aber dubiose Mischung sie damit geraten. Andererseits müssen wir uns auch als Gesellschaft und Politik kritisch fragen, warum es die Leute auf die Straße treibt. Wir müssen ihnen zuhören und die richtigen Schlüsse ziehen. Die meisten Versammlungsteilnehmer sind friedlich, Ausschreitungen oder Überschreitungen von Auflagen gibt es kaum.

Aber wäre es da nicht an der Politik, mehr aufzuklären?

Weigel: Ich denke ja. Deshalb reden wir ja auch darüber. Jeder sollte wissen, mit wem er es zu tun hat. Die Leute, die hier aufstacheln, sind das Gegenteil von verantwortungsbewusst. Sie sind destruktiv. Aber auch das ist durch unsere Verfassung erlaubt.

Damit wären wir wieder bei Ihrer Doppelrolle, Herr Weigel, oder? Können Sie es überhaupt richtig machen? Richtig macht man es durch eine klare Haltung auf der Basis unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Demnach müssen wir so viel Versammlungsfreiheit wie möglich ermöglichen. Und unzufriedene Bürger sollte man nicht zum Gegner erklären, sondern sie anhören und wieder mitzunehmen versuchen. Zu den Zündern und Brandstiftern aber ist eine scharfe Grenze zu ziehen, die Herr Buchna auch beschrieben hat. Wir werden damit leben müssen, dass einige diese Grenze austesten und mit ihr spielen.

Gelngt es Neustadt als Stadt der Demokratie denn überhaupt, einen Kontrapunkt zu den zuletzt regelmäßigen Demonstrationen zu setzen?

Wir widersprechen den oft polemischen, unsachlichen und destruktiven Delegationen. Zum zweiten Mal feiern wir am Jahrestag des Hambacher Festes ein Demokratiefest. Die Hambacher waren verantwortungsbewusste Gestalter. Konstruktiv. Das zweite Fest der Demokratie wird vom 23. bis 26. Mai 2024 wieder daran erinnern und lebendig mit Inhalten füllen. Unter dem Motto „Europa – gelebte Solidarität“ soll ein starkes Signal gesendet werden, auch durch die Verleihung des Hambacher Freiheitspreises und der damit verbundenen Hambacher Rede des Preisträgers. Außerdem leben wir kommunal ein sachliches und faires demokratisches Miteinander vor.

Das schützt Sie aber nicht vor populistischen Anwürfen oder der Möglichkeit, dass die AfD 2024 in den Stadtrat einzieht.

Die Bürger messen uns am Ende daran, wie gut wir Probleme lösen können. Die Bedingungen dafür werden immer schwieriger. Die Regierungskritik, insbesondere an der Berliner Politik, ist ja nicht ganz unberechtigt, das macht die Diskussion auch so kompliziert. Trotzdem bin ich davon überzeugt, dass die Frage, ob unser politisches System noch funktioniert, nicht nur an den Schlagzeilen aus Berlin bemessen wird, sondern auch daran, wie es hier vor Ort erlebt wird. Zu zeigen, dass es funktioniert, ist deshalb unsere wichtigste Aufgabe.

Trotzdem ist der Druck groß: Ende Mai 2024 Demokratiefest, am 9. Juni Kommunalwahlen, dazwischen eine für zwei Tage angemeldete Großveran-

staltung, bei der es wie 2022 und 2023 wieder um „die eigentlichen Erben des Hambacher Fests“ gehen soll.
Es liegt eine Anmeldung für Anfang Juni vor, die sachgerecht bearbeitet werden wird. Dann schauen wir mal, wie das genau aussehen kann. Möglicherweise wird sich auch ein Obergericht mit der in Deutschland aus meiner Sicht einzigartigen Gemengelage in Neustadt und Hambach befassen.

Sie denken also, eine organisatorische Grenze wäre jetzt erreicht?

Wir haben jedenfalls kein Interesse, dass Gruppen aus ganz Deutschland oder Einzelne, die sich das finanziell leisten können, sich künftig für ganze Wochen in Neustadt einmieten.

Nach RHEINPFALZ-Informationen hat der Anmelder aus Neustadt Befangenheitsanträge gestellt. Sprich: Er befürchtet, dass weder Sie noch Ihre Mitarbeiter in der Ordnungsverwaltung seinen Antrag neutral bearbeiten. Wie sieht es da aus?

Stimmt. Das ist wohl ein taktisches Manöver der Anwälte. Der Antrag war inhaltlich nicht begründet, es wurden keine Argumente aufgeführt. Daher wurde er von der Aufsichtsbehörde erwartungsgemäß abgelehnt. In der Folge muss ich nun die Befangenheitsanträge gegen meine Mitarbeiter prüfen. Auch diese sind inhaltlich nicht konkret begründet. Viel zu prüfen gibt es auch da nicht. Hintergrund ist, dass der Veranstalter bei der diesjährigen Groß-Demo am Pfingsten erst vor dem Eindruck des Verwaltungsgerichts bereit war, bestimmte Sicherheitsauflagen der Stadtverwaltung zu akzeptieren. Der war dann verschnupft.

Wird über die für Juni angemeldete Versammlung am Ende wieder ein Verwaltungsgericht entscheiden?

Könnte gut sein, wobei das nie unser Ziel ist. Es geht hier immerhin um zwei Tage. Ich denke schon, dass es auch im Versammlungsrecht Grenzen des Hinzunehmenden geben muss. Beim jüngsten Urteil zu einer Versammlung im Oktober gab es zum Beispiel deutliche Zweifel daran, ob alle 14 Tage nicht überzogen ist.

Her Buchna, letzte Frage: Ärgert es Sie, dass die betreffende Versammlung unter dem Motto „Frei und einig“ steht?

Es überrascht mich nicht. Aus den vielen Möglichkeiten, die das Hambacher Fest bietet, werden mit Freiheit und Einheit zwei Begriffe herausgeklaut und umgedeutet. Bezeichnenderweise tauchen hier weitere „Hambacher Themen“ wie Solidarität und Europa eher selten auf. Das ist aber im Sinne einer Vereinnahmung, die auf eine lange Geschichte zurückgreift, normal: Dass sich Gruppierungen Begriffe herausuchen und andere konsequent ausblenden, die nicht in ihr politisches Profil passen. **Jahb**